

VORSCHLÄGE VORGELEGT – UMSETZUNG GEWÜNSCHT

Die Auftragslage in der Baubranche hinkt und bringt zahlreiche heimische Bauunternehmen in Bedrängnis. Die Krise trifft Südtirols Bauwirtschaft hart. Dennoch: Lösungsvorschläge sind vorhanden, sie warten nur noch auf Umsetzung.

Die Baubranche gilt als einer der größten „Motoren der Wirtschaft“; bricht dieser Sektor ein, hat dies auch Einfluss auf die anderen Wirtschaftszweige. Zahlen des Landesstatistikamtes ASTAT belegen, dass die Krise die Südtiroler Bauwirtschaft stark getroffen hat und Gegenmaßnahmen getroffen werden müssen. Vergleicht man die Anzahl der in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 abgeholten Baugenehmigungen mit jener des Vorjahres, so ist ein Rückgang von 14,5 Prozent ersichtlich. Die geplante Kubatur für Wohngebäude betrug in den ersten drei Quartalen 2011 nur 1.032.000 m³, also fast ein Viertel weniger als im selben Zeitraum im Jahr 2010. „Die Baubranche hat es sicherlich hart getroffen. Aber auch andere Wirtschaftszweige können sich den Auswirkungen der Krise nicht entziehen. Wir im Unternehmerverband rechnen mit einem Nullwachstum im Jahr 2012 und gehen von einem wirtschaftlich schwierigen Jahr aus. Die momentane Situation ist vor allem auch bedingt durch eine Vertrauenskrise. Es ist deshalb wichtig, alles daran zu setzen, das Vertrauen der Märkte und Konsumenten wiederzugewinnen. Dann werden sich mit Sicherheit wieder neue Perspektiven öffnen“, meint Josef Negri, Direktor des Unternehmerverbandes Südtirol.



Öffentliche private Partnerschaften

Das Kollegium der Bauunternehmer, dem sämtliche Mitgliedsbetriebe des Unternehmerverbandes im Bau und der verwandten Sektoren angehören, macht seit geraumer Zeit immer wieder Vorschläge, wie der angeschlagenen Baubranche geholfen werden könnte. Eine interessante Möglichkeit wäre die stärkere Nutzung von Projekten der Öffentlich-Privaten-Partnerschaften ÖPP. Es handelt sich dabei um eine sehr effiziente Form und vor allen Dingen erfolgreiche Kooperation zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft. Ein Beispiel für diese gelungene Zusammenarbeit ist die im Mai



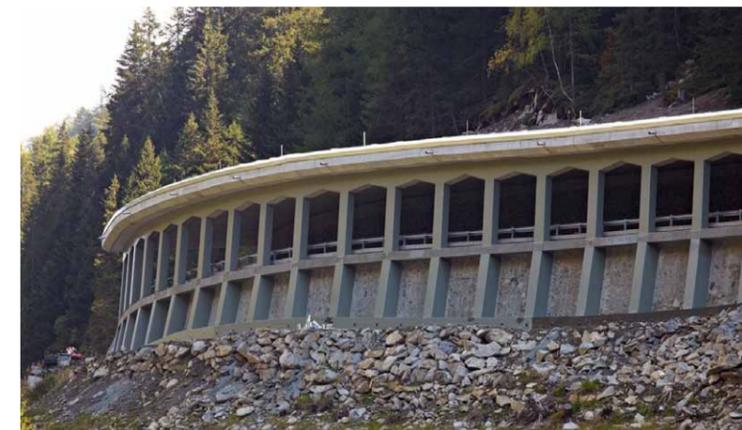
Thomas Ausserhofer

Erst vor kurzem organisierte die Autonome Provinz Bozen und die Handelskammer Bozen eine Veranstaltung, bei der Experten des interministerialen Komitees für die wirtschaftliche Programmierung (CIPE) und der Freien Universität Bozen über die Vor- und Nachteile von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften informierten. „Im Jahr 2007, als sich die ersten Anzeichen einer weltweiten Krise abzeichneten, verwies das Kollegium der Bauunternehmer auf dieses zukunftssträchtige Modell. Dass sich die öffentliche Hand nun dieser Chance öffnet, ist ein positiver Ansatz“, meint Thomas Ausserhofer, Präsident der Baukollegiums.

Chancen für das Baukollegium

Vor kurzem beschloss die Südtiroler Landesregierung zudem die Verlängerung der Frist für die Erstellung der Gefahrenzonenpläne auf Ende 2015. Auch in diesem Bereich sieht das Baukollegium gute Chancen, um die Konjunktur anzukurbeln. Durch die Sanierungsmaßnahmen der Gefahrenzonen würden Arbeiten ausgeschrieben, welche die heimischen Betriebe vor Ort ausführen und damit wichtige Arbeitsplätze sichern könnten. Nicht ganz unumstritten ist allerdings die Rolle des Sonderbetriebes für Wildbachverbauung, denn er ist zu einem großen Konkurrenten für die heimischen Betriebe geworden. „Die Arbeiten an den Gefahrenzonen werden meist nicht im Wettbewerb ausgeschrieben und

2009 eröffnete neue Rittner Seilbahn. Die Realisierung erfolgte aufgrund einer Mischung aus öffentlichen und privaten Geldern. Von den rund 16 Mio. Euro Gesamtkosten wurden 12,8 Mio. von Seiten des Landes und 3,2 Mio. durch den Seilbahnhersteller Leitner aufgebracht. Das Sterzinger Unternehmen darf zudem für die kommenden 40 Jahren Flächen neben der Berg- und Talstation nutzen.



nach den Kriterien der Qualität und des Preises vergeben, sondern die Aufträge werden vom Land an die Wildbachverbauung einfach übergeben. Das Baukollegium fordert schon seit längerem, durch öffentliche Ausschreibungen der Wildbachverbauung diesen wichtigen Markt den heimischen Firmen zugänglich zu machen. Der Sonderbetrieb sollte nicht ein Konkurrent für unsere heimische Bauwirtschaft sein, sondern könnte ein Kompetenzzentrum für Alpines Bauen werden“, so Präsident Ausserhofer.

Zuguterletzt würde laut Baukollegium die anstehende Überarbeitung des Wohnbaugesetzes eine gute Gelegenheit bieten, um wichtige Weichen für die künftige Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt und damit auch im Bausektor zu stellen. Es sei höchst an der Zeit, dass das bestehende Wohnbauförderungsgesetz überarbeitet und den neuen Marktverhältnissen angepasst werde. Ein wesentlicher Ansatz wäre, die Förderungen maßgeblich zu reduzieren und allen Bürgern den gleichen Zugang zu Bauland zu gewähren. Auch über die ewige Konventionierung müsse dringend nachgedacht werden, denn diese bremse schon seit Jahren den heimischen Wohnungs- und Mietmarkt aus. ®